Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Zeile kostet 0.35 Reichsmark, für auswärts 0.40 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2.00 Reichsmark, für auswärts 2.50 Reichsmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2 R.-Mark. Postbezug für Monat August 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandlieferungen im Inlande wöchentlich 1.05 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27951, 27952, 27953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 200 — Sonnabend, 27. August 1927 — XXXV. Jahrg.

Der fascistische Ueberfall in Prag

Große Erregung in der tschechischen Hauptstadt — Ein Zwischenfall auf der Tagung der Parlamentarischen Union — Ein Zug der Montblanc-Bahn in den Abgrund gestürzt

Die Pressekonferenz in Genf

Von unserm Korrespondenten

Genf, 24. August

Die Internationale Pressekonferenz beim Völkerbund wurde heute vormittag von dem Vorsitzenden, Lord Burnham, dem Herausgeber des „Daily Telegraph", im Reformationssaal eröffnet. Diese „Conférence d'Experts de Presse" geht zurück auf eine Anregung des bekannten Delegierten beim Völkerbund Eliodoro Yanez, der selbst Journalist und Verleger der „Nacion" in Santiago ist. In der letzten Völkerbundssitzung wurde beschlossen, dieser Anregung zu entsprechen und Delegierte aus allen Staaten zu einer Internationalen Pressekonferenz einzuladen.

Verleger, Journalisten, Direktoren der Nachrichtenbureaus haben sich zahlreich in Genf eingefunden. Vertreten sind Deutschland (die Deutschen stehen nach der üblichen alphabetischen Ordnung unter „Allemagne" an der Spitze der Präsenzliste), Argentinien, Australien, Oesterreich, Belgien, Bolivia, Brasilien, England, Bulgarien, Canada, Chile, China, Columbien, Cuba, Dänemark, St. Domingo, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Indien, Italien, Japan, Lettland, Norwegen, Holland, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien, die Südafrikanische Union, Schweden, die Schweiz, die Tschecho-Slowakei, die Türkei, die Vereinigten Staaten von Amerika, Uruguay, Rußland, ferner die internationalen Presseorganisationen und die offiziellen Pressebureaus der Regierungen.

Die deutsche Presse ist vertreten durch Dr. Martin Carbe (Berliner Tageblatt), Professor Julius Ferdinand Wolff (Dresdner Neueste Nachrichten) und v. Boetticher (Direktor des Vereins Deutscher Zeitungsverleger). Chefredakteur Georg Bernhard nimmt als Vorsitzender des vorbereitenden Komitees der Journalisten an den Beratungen teil. Ferner befinden sich als deutsche Delegierte hier Dr. Heinrich Mantler, der Direktor des W. T. B., Direktor Meier und Chefredakteur Gisli von der T.-U. und der Direktor des Sozialdemokratischen Pressedienstes E. Alfringhaus.

Man hat die Konferenz und ihre Teilnehmer besonders geehrt dadurch, daß man ihnen den ehrwürdigen Reformationssaal zur Verfügung gestellt hat, der sonst nicht profanen Zwecken dient und in dem höher nur die Sitzungen des Völkerbundes stattfinden.

* * *

Die Tagesordnung ist ziemlich umfänglich. Verhandelt wird über internationale Verbesserungen und Erleichterungen des Nachrichtendienstes der Presse, über den Schutz der Originalmeldungen der Zeitungen, über die Beförderung der Zeitungen, Postabonnement, Unterstützung der Korrespondenten und Journalisten bei ihrer Berufsarbeit und auf Dienstreisen und — ein besonders wichtiger und heikler Punkt — über die Censur. Die Censur ist zwar offiziell in den meisten Ländern abgeschafft, aber wo sie nicht mehr gesetzlich ist, wie z. B. noch in Rußland und Italien, führt sie öfter noch ein heimliches Leben. Unter dem Ausnahmezustand, der nach den meisten Verfassungen auch in den zensurfreien Ländern möglich ist, tritt die Censur fast überall wieder automatisch ein.

Die Beratungen und die Tagesordnung interessieren sonst in der Hauptsache nur die Zeitungsleute und die Vertreter der Regierungen. Die Reichsregierung hat den Reichspreschef, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, und Geheimrat Häntzschel vom Reichsministerium des Innern zur Konferenz entsandt.

* * *

Die Verhandlungen werden nicht nur in den beiden offiziellen Sprachen, Englisch und Französisch, geführt. Die Deutschen sprechen deutsch. Aber sie brauchen zum Teil gar nicht die Uebersetzer des Völkerbundes. So sprach Dr. Mantler erst deutsch und wiederholte dann seine Ausführungen ebenso fließend in französischer und englischer Sprache. Die Chinesen und Japaner bedienen sich teils ihrer Muttersprache, teils des Englischen. Man sieht viel interessante und bekannte Journalisten, Verleger und Direktoren von Nachrichtenbureaus aus der ganzen Welt.

An den Wänden steht überall geschrieben:

Silence
Prière de ne pas applaudir

Aber das wird ebensowenig genau beachtet wie bei den Sitzungen des Völkerbundes. Und da zum Zeitungsmann vor allem das journalistische Temperament gehört, so erhitzt sich gelegentlich auch ein Gemüt bei der Behandlung einer an sich kühlen oder rein zeitungstechnischen Materie.

Für den Zeitungsleser werden die Verhandlungen über die Censur vielleicht von Interesse sein. Vielleicht. Denn die schöne Fiktion von der Einigkeit der Nationen trägt auch in diese Internationale Pressekonferenz beim Völkerbund eine gewisse Neigung zur Diplomatie hinein. Und die Vertreter der Sowjetrepublik und Italiens werden sicher sagen, daß die vorbildliche Pressefreiheit in ihren Staaten zu finden sei. Schließlich werden sie sich in diese eigenartigste Pressefreiheit nichts dreinreden lassen.

Man bewundert die unglaubliche Wortbeherrschung und Fertigkeit der Uebersetzer. Unsre Braestig würde feststellen, daß sie in der „Fixigkeit" sogar den Rednern „über sind", deren Aussprache sie ins Französische oder Englische übertragen.

Im übrigen regnet seit gestern eine wahre Sintflut auf Genf und die Konferenz herab, und von den Alpen ist nicht eine bescheidene Spitze zu sehen. Es regnet, regnet, regnet! Sogar in die Fenster, die man eingeschlagen hat, als die Nachricht von der Hinrichtung der beiden armen Italiener in Boston eintraf.

Ich weiß nicht, wie die Amerikaner den Standpunkt ihrer Regierung und deren Staatsweisheit in diesem Fall vertreten. Ueberall aber hört man die Meinung, daß diese Tortur durch sieben Jahre mit der grauenhaften Verschärfung der letzten Wochen schändlich und unmenschlich war. Die Frage liegt nahe, wie die Einigkeit der Nationen solche Greuel verhindern könne. Aber die Vereinigten Staaten sind nicht Mitglied des Völkerbundes. Und die Macht des Völkerbundes ...

Wir wollen hoffen, daß sie möcht. Gleichzeitig mit der Einigkeit der Nationen ...

Ein geheimer Ministerrat

Kompromittierende Akten in den Händen der Fascisten

Telegramm unsres Korrespondenten

D. Prag, 26. August

Der gestern gemeldete fascistische Raubüberfall, welcher der Erbeutung wichtiger Akten über ihren Führer Gajda galt, und die daran sich anschließende große Untersuchung ziehen immer weitere Kreise. Die Nachforschungen und Verhöre sind noch im Gange. Mehrere Fascistenführer wurden gestern die ganze Nacht und den ganzen Tag über im Polizeipräsidium in Anwesenheit von Vertretern des Ministeriums des Innern und des Verteidigungsamtes verhört. Zur Aufklärung der Angelegenheit wurden vier Untersuchungskommissionen eingesetzt. Fast den ganzen Tag wurde auch der gewesene Generalstabschef Gajda in der Polizeidirektion festgehalten und verhört. Ebenso mußten die seit Wochen geheim überwachten pensionierten Generale Kosnovsek und Gibis zum Verhör erscheinen. Im Laufe des Tages wurden drei weitere Mitglieder der Ueberfallgruppe verhaftet, so daß sich nun fünf Fascisten in Haft befinden.

Die Untersuchung in der Villa des überfallenen Ministerialrates wird von 34 Detektiven geführt. Insgesamt wurden 14 Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die fieberhafte Tätigkeit und der große Apparat, der für die Nachforschungen in Bewegung gesetzt wurde, lassen die tschechischen Blätter den Verdacht aussprechen, daß weder die Haupttäter gefangen, noch alle Akten wieder zur Stelle geschafft worden sind. Ueber den Ueberfall wird noch bekannt, daß die Durchsuchung der Wohnung mehr als eine Stunde gedauert hat. Der Ministerialrat und seine Frau, die beide noch in Morgentoilette waren, wurden ununterbrochen mit Revolvern in Schach gehalten und durften sich nicht von der Stelle rühren.

Die tschechischen Blätter gestehen heute morgen auch zu, daß den fascistischen Tätern wichtige Akten über Gajda in die Hände gefallen seien, daß sie diese Akten photographiert hätten, die Bilder beglaubigen ließen und die Akten mit der Post dem Verteidigungsministerium wieder zurückgeschickt hätten. Das Verteidigungsministerium und die Polizei beobachten über das Abhandenkommen der Akten strenges Stillschweigen. Die Akten sind für den Staat von außerordentlicher Wichtigkeit, weil sie u. a. eine nicht nur innenpolitisch, sondern auch international äußerst heikle Affaire behandeln. Das Material ist zum Teil für hochstehende tschechische Persönlichkeiten außerordentlich kompromittierend.

Der Verteidigungsminister Udrzal hat seinen Urlaub sofort unterbrochen und ist nach Prag zurückgekehrt, wo gestern ein geheimer außerordentlicher Ministerrat stattgefunden hat. Die Nachforschungen gehen auch nach in andrer Richtung. Es ist sehr merkwürdig, wie man in fascistischen Kreisen wissen konnte, daß der Ministerialrat, der Vorstand der gesetzgebenden Abteilung im Verteidigungsministerium ist, die Akten über Gajda bei sich und noch dazu in seiner Sommerwohnung in Verwahrung hatte. Es ist bekanntlich den Beamten streng verboten, Akten mit nach Hause zu nehmen. Es liegt der Verdacht sehr nahe, daß Gajda und die Fascisten auch im Verteidigungsministerium gute Freunde sitzen haben.

Die fascistische Presse hat durch die scharfen Maßnahmen gegen die fascistischen Organisationen den Mut nicht verloren. Vielmehr schreibt sie wiederum von einem „Komplott gegen ihren Führer Gajda". Sie sagt, sie könne nicht mehr für ihre Leute garantieren, weil die Aufregung unter ihnen zu groß sei, und fordert in einem Flugblatt die Fascisten zur „schärfsten Bereitschaft" auf. Einige fascistische Jünglinge machten diese Aufforderung als Ansporn zu Demonstrationen verstehen. Tatsächlich kam es gestern abend im Innern der Stadt zu Zusammenrottungen. Vor allem demonstrierten die Gajdaanhänger vor der Polizeidirektion. Eine Gruppe von Fascisten zog, chauvinistische Lieder singend, vor das Deutsche Haus und wollte das versperrte Tor mit Gewalt öffnen. Die Polizei mußte an mehreren Stellen mit Gummiknüppeln die Demonstranten auseinanderjagen. Es wurden mehrere Personen verhaftet.

Löbe — Jouvenel

Es kam gestern gleich in der Eröffnungssitzung der Interparlamentarischen Union zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs. Damit wurde der Aussprache über die Grundprinzipien und die fernere Auslegung des Locarnopaktes, die natürlich in erster Linie Sache der beiden Außenminister ist, vorgegriffen und die Diskussion in eine Bahn gelenkt, die absolut unerwünscht ist. Der deutsche Reichstagspräsident Löbe hatte in seiner temperamentvollen Art lebhaft über den Stillstand in der politischen Entwicklung seit Locarno geklagt und sehr energisch unter deutlicher Anspielung auf gewisse Vorgänge in den letzten Wochen gegen das Wühlen in alten Wunden, das Hervorsuchen früherer Sünden, die Heimlichkeit der Diplomatie und die militärischen Vorbereitungen gesprochen. Er hatte auf den Gegensatz zwischen den schönen Worten der Regierungen und ihren Taten hingewiesen und unter anderm erklärt, eine Zurückziehung der französischen Truppen von deutschem Boden am 1. Januar 1928 wäre wirklich eine wertvolle Tat auf dem Gebiete der Völkerversöhnung.

Diese Rede rief den in letzter Zeit vielgenannten französischen Senator de Jouvenel auf den Plan. In seiner Antwort, die teilweise bei der deutschen Delegation große Entrüstung auslöste, entrollte er seinen altbekannten Lieblingsplan zur Lösung der deutsch-französischen Frage: nämlich die Schaffung eines Ostlocarno-Paktes. Das ist ja nichts Neues. Unsre Leser sind über diese Pläne Jouvenels ja schon ausführlich unterrichtet. Wir haben vor einigen Wochen (vgl. Nr. 189 der „Dresdner Neuesten Nachrichten" vom 14. August) diesen Plan des französischen Senators, den er unter anderm auch in der „Europäischen Revue" dargelegt hatte, analysiert und einer ausführlichen kritischen Wertung unterzogen. Was Jouvenel in jenem Aufsatze sehr vorsichtig und diplomatisch umschrieb, sagte er gestern in Paris geradeheraus und spitzte seine Ausführungen sogar auf die gefährliche Formel zu: „Räumung des Rheinlandes erst nach der Anerkennung des jetzigen Zustandes in Osteuropa durch Abschluß eines neuen Locarno-Paktes."

De Jouvenel hatte in seinem Aufsatz in der „Europäischen Revue" die These aufgestellt, Deutschland habe Anrecht auf eine Räumung vor 1935, Frankreich auf eine Sicherheitsgarantie für sich und seine östlichen Verbündeten für die Zeit nach 1935. Wenn es aber nun für Deutschland unmöglich ist, eine solche Garantie in der Form zu geben, wie sie Frankreich will, was wird dann geschehen? Will Jouvenel mit seiner gestrigen Rede etwa sagen, daß Frankreich unter diesen Umständen auch nach 1935 im Rheinland bleiben will? Hierüber muß unbedingt Klarheit geschaffen werden. De Jouvenel gehört der französischen Regierung nicht an, und wir möchten bis zum Beweis des Gegenteils nicht annehmen, daß die französische Regierung den gleichen unmöglichen Standpunkt vertritt. Sie würde sich damit z. B. auch in schärfsten Gegensatz zu England setzen, das niemals ein solches Ziel der interalliierten Rheinlandbesetzung anerkennen würde.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hatte die Tagung der Interparlamentarischen Union mit einer Rede eingeleitet, die im Gegensatz zu seinen letzten oratorischen Leistungen fast betont friedensfreundlich und verständigungsbereit klang. Er hatte es unter anderm als Aufgabe der Interparlamentarischen Union bezeichnet, „alles zu beseitigen, was die Nationen entzweien und alles zu befestigen, was sie einander näherbringt". Nun braucht ja eine offene und ehrliche Auseinandersetzung zwischen zwei verschiedenen Ländern angehörenden Parlamentariern über die Ziele ihrer Politik noch lange nicht trennend zu wirken. Im Gegenteil, offene ehrliche Worte sind meist besser als schöne, glatte Phrasen, hinter denen kein ehrlicher Wille steckt.

In diesem Sinne halten wir auch den Zusammenprall zwischen de Jouvenel und Löbe für kein unter allen Umständen ungünstiges Omen. Bedauert werden muß es allerdings, daß sich de Jouvenel dazu hinreißen ließ, der deutschen Forderung auf baldige Räumung des Rheinlandes die Absicht zu unterstellen, in zwei bis drei Jahren die Dawes-Zahlungen einzustellen und über Polen herzufallen. Derartige Verdächtigungen wirken allerdings trennend, und passen absolut nicht zu jenem Geist,

Marienbader Kur

Dr. Köhlers „große Besoldungsreform"

VDZ. Berlin, 26. August

Die sogenannte große Besoldungsreform, die das Reichsfinanzministerium schon seit langer Zeit beschäftigte und die von den Reichs- und Staatsbeamten insbesondere bereits seit vielen Monaten auf das dringlichste gefordert wird, ist jetzt fertiggestellt. Reichsfinanzminister Köhler hat in Marienbad in mehrtägiger Konferenz mit den beteiligten Ministerialbeamten, die ihn dort aufgesucht haben, den Entwurf endgültig ausgearbeitet. Augenblicklich wird er mit den Regierungsparteien durchgesprochen, deren Referenten ebenfalls nach Marienbad gefahren sind. Vom Zentrum war der Abg. Allekotte, von den Deutschnationalen der Abg. Schmidt (Stettin) beim Finanzminister, und der volksparteiliche Beamtenvertreter, Abg. Morath, wird noch erwartet. Der Entwurf soll hierauf dem Reichsrat zugeleitet werden, so daß er bereits im September dem Reichstag vorliegen kann. — Reichsfinanzminister Köhler weilt, wie er mitteilen läßt, „streng inkognito" in Marienbad. Diese Marienbader Reise diente neben der Kur der ungestörten Vorbereitung wichtiger Maßnahmen des Finanzministeriums. So wurde von Marienbad aus auch die Heraufsetzung des Zinsfußes der Reichsanleihe von 5 auf 6 Prozent beschlossen. Die kommende Beamtenbesoldungsreform will, wie im Finanzministerium mitgeteilt wird, namentlich die unteren Gehaltsklassen aufbessern. Die großen Beamtenverbände sind bisher noch nicht zu dem Entwurf gehört worden.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19270827/1